

# Welt der Arbeit

Ausgabe 35

www.weltderarbeit.de

6. Dezember 2006

## WdA im Dezember

## Mehr Demokratie für Europa !

Manchmal möchte man meinen, die Europa-Idee taue nur noch für Kalauer über würfelförmige, also stapelfreundliche Tomaten und den vorschriftsmäßigen Krümmungsgrad von Salatgurken. Doch jenseits aller ermüdenden Regulierungs-, Normierungs- und Harmonisierungsmaßnahmen bietet die Europäische Union selbstverständlich auch Chancen. Die Unternehmer haben das, wen wundert's?, zuerst begriffen. Die Gewerkschaften hinkten lange ein wenig hinterher. Nun haben sie pünktlich zur deutschen Ratspräsidentschaft ihre Forderungen im Interesse der Arbeitnehmer/innen auf den Tisch gelegt. Darum geht es in dieser *WdA* unter anderem. Eines der weiteren Themen: die Korruption – leider kein nationales, sondern auch ein europäisches, sogar ein globales Problem.

### Die Themen im Einzelnen

Seite 1

**Mehr Demokratie für Europa!**

Seite 2

**CDU: Weder christlich noch sozial**

Seite 3

**Rund um die Uhr, sieben Tage die Woche**

Seite 4

**„Im Dunstkreis der Korruption“, Kapitalismus pur**

Seite 5

**Kampf gegen**

**Bestechung und Betrug**

Seite 6

**Blick zurück:**

**Drei Pfeile für die Freiheit**

Seite 7

**Ausbeutung durch Leiharbeit**

Seite 8

**Kampagne für Langzeitarbeitslose, Weniger Rente,**

Seite 9

**Der DGB verkauft seine Seele, Buchtipp, Kommentar,**

**Impressum**

Seite 10

**Soziales kostet Geld, Tarifliches Weihnachtsgeld**

Seite 11 / 12

**IG Metall: Für ein solidarisch erneuertes Europa**

Anfang kommenden Jahres wird Deutschland für sechs Monate die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernehmen. Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, einen für alle Mitgliedstaaten akzeptablen Vorschlag zum weiteren Vorgehen in der EU-Verfassungsfrage zu machen.

Der vorhandene Verfassungsentwurf, der bei Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden abgelehnt worden war, ist auch in Deutschland bislang nicht ratifiziert worden. Gegen den Vertrag hat der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler geklagt, nachdem Bundestag und Bundesrat dem Vertrag im Mai 2005 zugestimmt hatten. Der Berichterstatter des zuständigen Zweiten Senats beim Bundesverfassungsgericht, Siegfried Broß, sieht nach einem Bericht der Tageszeitung *Die Welt* allerdings „für eine Entscheidung über die anhängige Verfassungsbeschwerde gegen das Zustimmungsgesetz zum Vertrag für eine Verfassung für Europa gegenwärtig keine Priorität“. Außerdem sprach er sich für ein Referendum über den Vertrag aus. In seiner gegenwärtigen Form kann der Vertragsentwurf nicht in Kraft treten, denn Bundespräsident Horst Köhler hat im Juni 2005 beschlossen, seine Entscheidung zur Unterschrift vom Urteil des Verfassungsgerichts abhängig zu machen.

In einem Forderungskatalog zur deutschen EU-Rats-Präsidentschaft („Europa machen“) verlangt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) eine Konzentration der Finanzplanung der EU auf die Interessen kerneuropäischer Unternehmen; er wünscht außerdem eine Verringerung der Subventionen für die Armutsgebiete an den Rändern der EU. Zu den erklärten Zielen des BDI gehört die Sicherung

der dominierenden ökonomischen Stellung Deutschlands in Ost- und Südosteuropa. Gleichzeitig werden verbesserte Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen in der globalen Konkurrenz mit den USA, Japan und China gefordert.

Ganz anders sind dagegen die Forderungen der Gewerkschaften. Die Arbeitslosigkeit soll wirksamer bekämpft, das Europäische Sozialmodell muss politisch erneuert werden. Mitbestimmung, Tarifautonomie, umfassende Systeme des Sozialschutzes sowie eine gerechtere Verteilungs- und Beschäftigungspolitik müssen erreicht werden. Schließlich gilt es, ein europäisches Sozialmodell zu entwickeln, das eine europaweit koordinierte Beschäftigungspolitik sichert. Für Unternehmen müssen nach Auffassung der Gewerkschaften europäische Mindeststeuersätze auf der Basis einheitlicher Bemessungsgrundlagen eingeführt werden. Die Grundrechte müssen Mindeststandards genügen, einschließlich des Rechts auf grenzüberschreitende gewerkschaftliche Aktionen. Europäische Politik muss die Annäherung der Lebensverhältnisse zum Ziel haben.

Obwohl alle EU-Bürger von Entscheidungen auf europäischer Ebene betroffen sind, hat das von ihnen gewählte Europäische Parlament nur begrenzte Rechte. Aber die Bürger der Union brauchen ein mit allen Rechten ausgestattetes Parlament und eine demokratisch gewählte Regierung! Die deutsche EU-Präsidentschaft hat nun wahrscheinlich die letzte Gelegenheit, Europa zu demokratisieren und den Verfassungsentwurf durch eine Neuausrichtung zu retten. Über diesen Entwurf sollten dann alle Wahlberechtigten der Union in Volksabstimmungen entscheiden.

Franz Kersjes

## CDU: Weder christlich noch sozial

Den so genannten Volksparteien laufen Mitglieder und Wähler davon. Die Parteistrategen sind über die anhaltenden schlechten Umfragen höchst beunruhigt. Das soll sich ändern. CDU und SPD konkurrieren um soziale Themen. Um das Medieninteresse zu erhöhen, werden Richtungskämpfe inszeniert.

Die CDU will ihr soziales Profil schärfen. Es geht um die Wahlen in der Zukunft. „40 Prozent plus“ lautet die Zielvorgabe. Weil dazu viele Wählerstimmen benötigt werden, behauptet die Vorsitzende Merkel auf dem CDU-Parteitag: „Wir machen Politik für alle!“ Aber die Diskussionen und Beschlüsse sind sehr widersprüchlich.

### **Auf Kosten der Beschäftigten**

Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, will die Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld I wieder stärker an die Zeiten der Beitragszahlungen koppeln. „Die Jüngeren werden weniger Arbeitslosengeld nach unserer Meinung bekommen und die Älteren länger“, verkündet Parteivorsitzende und Kanzlerin Angela Merkel. Die Kosten sollen die abhängig Beschäftigten selber tragen. Ältere und jüngere Arbeitnehmer werden gegeneinander ausgespielt.

Die von der CDU auf ihrem Parteitag Ende November in Dresden verabschiedeten Beschlüsse zum Arbeitslosengeld lehnt der DGB entschieden ab. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer soll jedoch verlängert werden ohne Leistungen an anderer Stelle zu kürzen. Angesichts der desolaten Arbeitsmarktsituation ist die seit Februar 2006 geltende Ar-

beitslosenregelung unzumutbar. Der CDU-Vorschlag würde vor allem Frauen und zudem die Arbeitnehmer in Ostdeutschland pauschal benachteiligen, weil sie bislang höchstens 16 Jahre in die Arbeitslosenversicherung einzahlen konnten.

### **Linksruck findet nicht statt**

Die politische Praxis des selbsternannten Arbeiterführers Rüttgers ist keineswegs sozial. In der Wahlkampfschrift der NRW-CDU vom April 2005 sucht man deshalb auch vergeblich nach Vorstellungen zum Thema „soziale Gerechtigkeit“. Stattdessen lobt Rüttgers dort den neoliberalen Wettbewerb. Und in seiner aktuellen Landespolitik ist soziale Verantwortung nicht erkennbar. Das zeigen die Entscheidungen über die Aufhebung der Schulbezirke, die Einführung von Studiengebühren und die massiven finanziellen Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich. Ein erschreckendes Beispiel für ihre asoziale Politik liefert die Landesregierung auch mit dem geplanten Verkauf von 100.000 Wohnungen der eigenen Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) an eine äußerst umstrittene Investmentgesellschaft: Die Mieter werden den Heuschrecken ausgeliefert.

### **Vorsicht bei Investivlöhnen !**

Der CDU-Parteitag hat nicht nur die bereits bestehenden Beschlüsse zur Lockerung des Kündigungsschutzes und zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bekräftigt, sondern auch die Beteiligung der Beschäftigten am „Wertzuwachs am Faktor Kapital“ ins Visier genommen. Der umfangreiche Antrag des CDU-Bundesvorstands für eine „So-

ziale Kapitalpartnerschaft“ soll die Arbeitnehmer für einen Investivlohn gewinnen. Dabei geht es nicht etwa um zusätzliche Einkommen aus Kapitaleinkommen für die Beschäftigten, sondern um Kapitaleinkommen an Stelle von Lohn! Die Beschäftigten sollen auf Teile ihres Lohnes bzw. von Lohnsteigerungen verzichten und dem Unternehmen zur Stärkung der Liquidität zur Verfügung stellen. Die Arbeitnehmer finanzieren so ihre Beteiligung am Unternehmen selbst. Es geht also lediglich um Lohnumwandlung. Das ganze soll freiwillig sein.

Von „Kapitalpartnerschaft“ kann beim Investivlohn nun wirklich keine Rede sein. Ideologisch wird vielmehr das Ziel verfolgt, betriebliche Bündnisse zu Lasten von Tarifverträgen zu fördern und die Beschäftigten an unternehmerisches Wettbewerbs- und Kostendenken zu binden und zu entsolidarisieren.

### **Wer braucht die CDU?**

Die Zeit der CDU geht zu Ende. Die neoliberalen Renditenjäger haben die Macht im Staat längst übernommen. Sie brauchen die CDU bestenfalls noch zur politischen Vollstreckung einiger Forderungen. Und von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist die sozialpolitische Verlogenheit der CDU längst durchschaut worden. Nur noch 20 Prozent der Wahlberechtigten würden nach jüngsten Umfragen die CDU wählen.

Das Plädoyer von Kanzlerin Merkel für eine „Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft“ ist eine Phrase. Es gibt keine soziale Marktwirtschaft. Es hat sie nie gegeben. *Franz Kersjes*

## Arbeitszeiten

# Rund um die Uhr, sieben Tage die Woche

Das Gros der Bundesländer will an Werktagen die Ladenöffnungszeiten freigeben. Das wird bestehende Trends verstärken: Atypische Arbeitszeiten entwickeln sich zur Norm.

Mehr als jeder zweite Beschäftigte in Deutschland arbeitet mittlerweile nachts, am Wochenende oder in Wechselschichten. Hartmut Seifert, Leiter des WSI, beobachtet seit Jahren eine Ausweitung atypischer Arbeitszeiten. Selbst in Branchen wie dem Kredit- und Versicherungsgewerbe, wo Arbeit außerhalb der Bürozeiten lange Zeit die Ausnahme war, macht sich dieser Trend bemerkbar. Für jeden dritten Beschäftigten im Finanzsektor gehören Arbeitszeiten jenseits der bisherigen Norm zum Alltag. Am stärksten betroffen sind jedoch die Belegschaften im Handel und Gastgewerbe: Zwei von drei Beschäftigten gehen hier außerhalb der Standardzeiten dem Beruf nach. Die Freigabe der Ladenöffnungszeiten in vielen Bundesländern wird diese Quote weiter erhöhen.

**Der Trend zur Rund-um-die-Uhr-Arbeit hat gesellschaftliche Folgen.** "Das Synchronisationsproblem zwischen Beruf und Familie verschärft sich, wenn zu ohnehin langen Arbeitszeiten noch eine ungünstige Lage während der Nacht oder am Wochenende hinzukommt", warnt Seifert. Verschieben sich Arbeitsstunden zunehmend in Richtung solcher Zeiten, dann "schwindet das Potenzial an familienfreundlichen Arbeitsplätzen". Ein wichtiges Instrument zur Umsetzung der neuen Arbeitsmuster sind die mittlerweile weit verbreiteten Zeitkonten. Laut WSI-Betriebsrätebefragung

führen derzeit etwa zwei Drittel aller Unternehmen Zeitkonten, davon erfasst sind etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten.

**Viele Betriebe fordern von ihren Beschäftigten zwar zeitliche Flexibilität, honorieren sie aber nicht finanziell.** Im Reinigungsgewerbe etwa gibt es Nachtzuschläge nur zwischen 22 und 5 Uhr - Einsätze zu atypischen Zeiten bleiben darum oft zuschlagsfrei. Einzelhändler zahlen bisher Zuschläge für Arbeitsstunden zwischen 19.30 und 6 Uhr. Die könnten jedoch sinken, erwartet WSI-Experte Reinhard Bispinck. Wenn sich die Ladenöffnungszeiten ausdehnen, werden mehr Verkäuferinnen in Wechselschichten arbeiten müssen. Laut Tarifvertrag gibt es etwa in Nordrhein-Westfalen einen Zuschlag von 55 Prozent auf Nacharbeit ab 20 Uhr - für Beschäftigte in Wechselschicht aber nur 10 Prozent. (Böckler Impuls 17 / 2006)

## Längere Arbeitszeiten können teuer werden

Arbeitszeitverlängerungen können Unternehmen langfristig teuer zu stehen kommen, auch wenn sie kurzfristig Lohnkosten zu senken scheinen. „Denn längere Arbeitszeiten sind kein Weg aus der Krise“, so der Arbeitszeitforscher Sebastian Schief vom Institut Arbeit und Technik / Wissenschaftszentrum NRW (IAT/Gelsenkirchen).

Arbeiten die Beschäftigten zum gleichen Lohn einige Stunden länger, sinken zwar zunächst rechnerisch die Arbeitskosten, aber auch die Motivation: das vor allem, wenn die Arbeitszeitverlängerungen ohne Zustimmung der Arbeitnehmer/innen eingeführt werden und die Notwendigkeit nicht glaubhaft vermittelt wird und nachvollziehbar ist.

Wie Untersuchungen des IAT zeigen, gehen längere Arbeitszeiten mit niedriger Produktivität einher. Mitarbeiter/innen mit kürzeren Arbeitszeiten sind produktiver als jene mit längeren Arbeitszeiten. Auch die Organisation kann ineffizient werden, weil das Management durch die längeren Arbeitszeiten dazu verleitet wird, sich über die Effizienz der Arbeitsorganisation keine Gedanken zu machen. Kurze Arbeitszeiten wirken dagegen wie eine „Produktivitätspeitsche, weil sie die Kreativität anregen, wie in kurzer Zeit besser gearbeitet werden kann“.

## Zulagen für Beschäftigte im Einzelhandel müssen bleiben

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat Forderungen der Unternehmer abgelehnt, nach denen Zulagen für späte Arbeitszeiten im Einzelhandel gestrichen werden sollen: „Die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Einzelhandelsbeschäftigten sind in einem gültigen Manteltarifvertrag geregelt. Sie haben auch dann Bestand, wenn die Ladenöffnungszeiten verlängert werden.“ ver.di warnt davor, zu erwartende steigende Kosten durch Einschnitte in die Gehälter der 2,9 Millionen Beschäftigten einzusparen. Für längere Ladenöffnungszeiten müssten neue Betriebsvereinbarungen auf der Basis des Tarifvertrages abgeschlossen werden.

## „Im Dunstkreis der Korruption“

In Deutschland regiert nicht das Volk. Die so genannten Volksvertreter sind in der Regel Berufspolitiker mit erheblichen Eigeninteressen. Das eine ist das Streben nach Macht und Einfluss, und das andere ist der Wunsch, von der Politik gut zu leben, also ein Versorgungsinteresse. Viele Parlamentarier haben enge Verbindungen zu großen Unternehmen, Konzernen und Wirtschaftsverbänden, arbeiten häufig mit Lobbyisten zusammen und entscheiden deshalb keineswegs immer unabhängig.

Es gehört zum politischen Alltag, dass Konzerne, Anwaltskanzleien und externe Berater „politisches Monitoring“ betreiben. Zurzeit sind fast 1.800 Lobbygruppen, meistens Verbände, im Deutschen Bundestag registriert. Darüber hinaus sind etwa 100 hoch bezahlte Politikberater als Türöffner im Auftrag der Wirtschaft tätig, darunter ehemalige Politiker wie Sigmar Mosdorf und Detlev Samland (beide SPD).

Der Einfluss von Unternehmen auf die Politik jeder Regierung ist erheblich. Verlangt werden optimale Voraussetzungen zur Kapitalverwertung. Nicht selten lässt sich die Regierung von den Interessen der Wirtschaftsverbände leiten. Lobbyisten haben in den Bundesministerien mittlerweile eigene Büros und schreiben an Gesetzen mit. In einer Antwort der rot-schwarzen Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion wird zugegeben, dass in den vergangenen Jahren insgesamt 100 externe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ministerien sowie im Kanzleramt zeitlich befristet „tätig gewesen bzw. aktuell eingesetzt“ sind und von Unternehmen bzw. Verbänden bezahlt werden.

Nach einem Bericht der *Berliner Zeitung* ist „der Aufmarsch der Lobbyisten im Wirtschaftsministerium besonders groß. In den vergangenen vier Jahren beschäftigte das jetzt von Michael Glos (CSU) geführte Ressort unter anderem Mitarbeiter aus den Verbänden der Maschinen- und Anlagenbauer, der Gas- und Wasserwirtschaft, der chemischen Industrie sowie der forschenden Arzneimittelhersteller. Zudem arbeiteten Beschäftigte von Tüv Süd, BASF, Bayer, DaimlerChrysler, Deutsche Telekom Vivento, Thysengas, Wingas oder IBM im Ministerium“. So war beispielsweise der Stromkonzern RWE an den gesetzlichen Regelungen zur Ermittlung der Strompreise beteiligt. Von ihm stammen Formulierungen, die dann eins zu eins ins Gesetz übernommen wurden.

Die Kompetenz der Beamten in den Ministerien scheint nicht ausreichend zu sein. Derzeit sind zum Beispiel Bundesbeamte im Rahmen eines „Personalaustauschprogramms“ bei Siemens, DaimlerChrysler, BMW und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) tätig.

In einem Bericht des Fernsehmagazins *Monitor* vom 19. Oktober erklärte der Verwaltungsrechtler Hans Herbert von Arnim zur profitablen Mitwirkung der Lobbyisten in den Ministerien: „Es ist für mich etwas ganz Neues und Überraschendes, die Betreffenden sind zwar in die Ministerien eingegliedert, ihre Loyalität gehört aber denen, die sie bezahlen aus der Wirtschaft, und die tun das nicht für Gotteslohn, sondern weil sie sich davon etwas versprechen, nämlich die Förderung ihrer Interessen, die bevorzugte Information, die sie auf diese Weise bekommen. Das ist eine besonders gefährliche Form des Lobbyismus, ja es bewegt sich sogar im Dunstkreis der Korruption.“

## Kapitalismus pur

### Einkommensmillionäre:

Der Bundesrechnungshof hat den Finanzämtern vorgeworfen, Einkommensmillionäre nur unzureichend zu prüfen und auf diese Weise erhebliche Steuerausfälle in Kauf zu nehmen. Durchschnittlich finden jährlich bei nur 15 Prozent der Millionäre Prüfungen statt. Der Präsident des Bundesrechnungshofes verwies darauf, dass jede Sonderprüfung Mehreinnahmen von durchschnittlich 135.000 Euro ergeben habe. Die bisherige Prüfungsquote sei viel zu gering, „um eine angemessene und gleichmäßige Besteuerung zu erreichen“, kritisierte der Rechnungshof.

### Bandenkriminalität:

Siemens-Mitarbeiter haben nach Erkenntnissen der Münchner Staatsanwaltschaft mindestens 200 Mio. Euro aus den Firmenkassen genommen. Erstmals sprach die Anklagebehörde von einer „Bande“, zu der sich die Beschuldigten zusammengeschlossen hätten, um „Untreuehandlungen zum Nachteil der Firma Siemens durch die Bildung schwarzer Kassen im Ausland zu begehen“. Sechs Beschuldigte befinden sich zurzeit in Untersuchungshaft, darunter mindestens ein ehemaliger Siemens-Bereichsvorstand.

Immer häufiger ermitteln Staatsanwälte in Deutschland wegen Korruptionsverdacht, Bestechung oder Untreue gegen Manager und Mitarbeiter, darunter bei Philips, beim Möbelhaus Ikea Deutschland, bei BMW, VW, Infineon, DaimlerChrysler und der Spedition Betz.

F.K.

## Kampf gegen Bestechung und Betrug

Die Republik wird durch immer neue Fälle von Bestechung und Betrug erschüttert. Beteiligt sind oftmals auch Politiker. Der Missbrauch des politischen Mandats zur persönlichen Vorteilsnahme ist über verbotene Parteispendenpraxis hinaus der eigentliche Skandal. Da ist zum Beispiel der Versicherungsmakler, der sich als stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Stadtrat vehement für die geplante Müllverbrennungsanlage und für den „geeignetsten“ Investor einsetzt und sich dann die gut dotierte Vermittlungsprovision der Versicherungen für das Riesenprojekt in die Taschen stecken kann. Und da ist der Rechtsanwalt, der als Oppositionsführer ebenso rigoros die Investition befürwortet und anschließend zum hochbezahlten Rechtsbeistand des Investors emporsteigt. Es werden neue Posten verteilt, Parlamentarier erhalten Mandate in Aufsichtsräten, und verdienstvolle Parteifunktionäre werden als Geschäftsführer in den beteiligten Unternehmen eingesetzt.

### Gefahr für die Demokratie

Wenn es um persönliche Vorteile geht, kennen viele Politiker keine Skrupel. Dann sitzt sogar die Opposition mit im Boot der Regierenden. Angeblich sprechen dann „Sachzwänge“ für die gemeinsamen Entscheidungen. Das geschieht auch dann, wenn die Investition völlig überflüssig ist und zu Steuerverschwendung führt.

Die Verantwortungslosigkeit politischer Mandatsträger ist zu einer ernsthaften Gefahr für die Demokratie geworden. Vor allem aus diesem Grund sind dringend strengere Regeln für Parteien und Parlamenten erforderlich.

Transparency Deutschland hat nun die längst fällige Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption, der UNCAC, gefordert. 168 Staaten haben die Konvention unterzeichnet, vor drei Jahren auch Deutschland.

### Ab wann ist man käuflich?

68 Länder haben die Konvention ratifiziert – Deutschland nicht. „Dies bietet anderen Ländern den Vorwand, es auch nicht zu tun. Es schwächt das Gewicht der Konvention in der großen Zahl der Länder, in denen Deutschlands Beispiel zählt. Auch um seinen Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung Glaubwürdigkeit zu verleihen, sollte Deutschland die UN-Konvention gegen Korruption zügig ratifizieren. Solange das nicht geschieht, konterkariert dies die Bemühungen der Firmen in Deutschland, die sich auf diesem Gebiet anstrengen“, erklärt Transparency Deutschland.

In einer Stellungnahme betont die Antikorruptions-Organisation weiter: „Der Ratifizierung steht nur eines im Wege: der § 108e des Strafgesetzbuches, der Bestechlichkeit und Bestechung von Abgeordneten viel zu einschränkend definiert. So erfasst die Abgeordnetenbestechung beispielsweise nur den Teilbereich des so genannten ‚Stimmenkaufs‘. Damit ist unklar, ab wann Spenden an Mandatsträger für deren politische Tätigkeit Anlass geben können, die Frage der ‚Käuflichkeit‘ zu überprüfen. Die Reform dieses Paragraphen ist überfällig, auch unabhängig von der UNCAC. Heute kann ein Unternehmer in Deutschland straflos Mandatsträgern in Volksvertretungen in Deutschland Vorteile gewähren, für die er auf der Basis des internationalen Bestechungsgesetzes

(IntBestG) bestraft würde, wenn er dies gegenüber Mandatsträgern in Volksvertretungen im Ausland täte.“

Die Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof, Monika Harms, mahnt im Rahmen des Verfahrens zur Wuppertaler Bestechungsaffäre, dass Handlungsbedarf bei der Abgeordnetenbestechung bestehe. Im Urteil des Bundesgerichtshofes vom 9. Mai 2006 wurde ein Wuppertaler Stadtrat vom Vorwurf der Bestechlichkeit freigesprochen, da nach Auffassung des Gerichts kommunale Mandatsträger nicht als Amtsträger, sondern als Abgeordnete anzusehen seien.

### Mehr Wachsamkeit ist nötig

Zur Umsetzung der UN-Konvention erklärt Transparency Deutschland: „Schon lange war abzusehen, dass die UNCAC die Reform des § 108e nicht einfacher macht. Die Konvention fordert, dass Abgeordnete in Sachen Korruption wie Angehörige des öffentlichen Dienstes behandelt werden. Die Abgeordneten machen geltend, dass sie als Volksvertreter in besonderem Maße auf Kontakte mit Wählern und Interessengruppen angewiesen seien, in aller Regel deutlich mehr als Angehörige des öffentlichen Dienstes. Es sind erhebliche Anstrengungen nötig, Lösungen zu finden, die sowohl den Anforderungen der UNCAC, den Interessen der Abgeordneten und den Interessen der Wähler gerecht werden. Damit dabei nur die legitimen Interessen der Abgeordneten geschützt werden und nicht etwa Verhaltensweisen, die mit einer korrekten Ausübung des Mandats nicht im Einklang stehen, bedarf es der öffentlichen Aufmerksamkeit.“

F.K.

**Blick zurück:****Drei Pfeile für die Freiheit**

Weihnachten vor 75 Jahren: Die Zahl der Arbeitslosen erreicht sechs Millionen; unter den mehr als vier Millionen Gewerkschaftsmitgliedern sind 42,8 Prozent erwerbslos, 21,9 Prozent müssen kurz arbeiten. Das Land wird mit Hilfe von Notverordnungen regiert. Die SPD, nach der NSDAP nur noch die zweitstärkste Fraktion im Reichstag, verzichtet defensiv auf die Durchsetzung eigener programmatischer Ziele zu Gunsten der Verteidigung der Republik; denn erklärtes NS-Ziel ist die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Straßenkämpfe und Saalschlachten bestimmen die politischen Auseinandersetzungen. Ende 1931 benennt die SPD 1.484 Gewaltverbrechen, die von den Nazis begangen wurden – mit 62 Toten und 3.200 Verletzten. Die Weimarer Republik liegt in Agonie. Die republikanischen Kräfte auf der politischen Linken wollen Hoffnung und Kampf aber nicht aufgeben, zumal ihre Organisationen noch intakt sind. Am 23. Dezember 1931 gründen Allgemeiner Deutsche Gewerkschaftsbund, SPD, Angestellten-Gewerkschaft, Arbeiter-Sportverbände und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine gemeinsame Kampforganisation gegen die nationalsozialistische Gefahr: die *Eiserne Front*. Ihr Wahrzeichen werden drei Pfeile.

**Schutztruppe für die Republik**

Die Mitglieder der Arbeiterorganisationen atmen auf. Den meisten von ihnen ist ohnehin unverständlich, warum ihre politische Führung gegen die Front von reaktionären und nationalistischen Feinden der Republik nicht längst ein großes kämpferisches Bündnis geschaffen hat.

Bereits 1924 wurde das republikanische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet. Der rasch über eine Million Mitglieder zählende Verband versteht sich als Schutztruppe für Politiker und Parteiveranstaltungen, für Häuser der SPD und der Gewerkschaften. Er plant Kampfmaßnahmen gegen einen Staatsstreich von rechts. Von ihm, dem Reichsbanner, geht die Initiative zur Schaffung des noch breiteren Bündnisses zur Rettung der Republik aus.

**Notfalls mit allen Mitteln...**

Einstimmig wird beschlossen: „Wir werden unsere Kampfmethoden denen unserer Feinde anpassen: auf dem Boden des gesetzlichen Rechtes, solange sie sich selbst legal betätigen, andernfalls mit anderen Mitteln werden wir die republikanische Verfassung, die sozialen Rechte und kulturellen Ziele der Arbeiterklasse und den europäischen Frieden verteidigen. Die Überwindung der faschistischen Gefahr ist unsere erste Pflicht. Danach richten wir unser Verhalten im Parlament und im Lande ein.“ 1931, einen Tag vor Weihnachten, wird die *Eiserne Front* offiziell gegründet.

Die Reichsbanner-Männer, uniformiert und bereits vorher militärisch ausgebildet, koordinieren unter ihrem ‚General‘ Karl Höltermann die Aktionen des neuen Bündnisses, während die SPD die politische Führung übernimmt. Die militärische Schulung wird intensiviert. In den Gewerkschaften entstehen Kampfgruppen; sie nennen sich ‚Hammerschaften‘. In verschiedenen Regionen wird der Generalstreik geprobt. Schon wenige Wochen nach dem Gründungstag demonstriert die Arbeiterbewegung in Massenaufmä-

rschen ihren Willen zum Widerstand. In der Öffentlichkeit wird deutlich sichtbar das Abzeichen mit den drei Pfeilen getragen; als Gruß werden demonstrativ die erhobene Faust und der Ruf „Freiheit!“ eingeführt. Gewerkschafter und Sozialdemokraten sind überzeugt, die Nazis zurück drängen zu können. Aber ihre Führung hält fest am Legalitätsdenken. Sie unterstützt die Wahl des greisen Feldmarschalls Hindenburg zum Reichspräsidenten und sendet kein Kampfsignal, als Hindenburg den ultrakonservativen Franz von Papen zum Reichskanzler ernennt. Und selbst als dieser per Verfassungsbruch die sozialdemokratische Regierung in Preußen absetzt, verharrt die politische Führung von SPD und Gewerkschaften in der Defensive. Die *Eiserne Front* dagegen rüstet sich in etlichen Städten zum Generalstreik; sie ist schlimmstenfalls sogar bereit zum Bürgerkrieg. Doch statt eines Signals zur Offensive kommt vom SPD-Vorstand die Anweisung zur Aufgabe jeden Widerstandes.

**Kampfbereitschaft bis zuletzt**

Die meisten Mitglieder der *Eisernen Front* sind sprachlos vor Unverständnis und Wut. Ihr Freiheit!-Gruß wird leiser; das Abzeichen mit den drei Pfeilen wird immer seltener getragen. ‚General‘ Höltermann verkündet dennoch trotzig „die allgemeine Wehrpflicht für die Freiheit“. Am 30. Januar 1933 beginnt für die Männer der *Eisernen Front* der erste Kurs in der neuen Wehrsportschule des Reichsbanners. Aber am gleichen Tag wird Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt...

Claus Floeder

## Ausbeutung durch Leiharbeit

Viele Belegschaften stehen unter Druck. Personalabbau ist in zahlreichen Firmen an der Tagesordnung. Festangestellte Beschäftigte werden immer häufiger durch Leiharbeiter/innen ersetzt, um Lohn- und Gehaltskosten zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes angeblich zu verbessern. Einige Konzerne haben bereits Leiharbeitsfirmen als Tochtergesellschaften gegründet, in denen die üblichen tariflichen Standards unterlaufen werden. Das führt zur Vernichtung von Festarbeitsplätzen.

### Die Branche boomt

In Deutschland hat Zeitarbeit\* einen Anteil am Gesamtarbeitsmarkt von etwa 1,3 Prozent mit stark wachsender Tendenz. Im Jahr 2005 gab es rund 4.700 Anbieter auf dem Markt. Zu den größten Unternehmen der Branche zählen Randstad (Platz 1), Manpower (2), persona (3) und Adecco (4). Auf mehr als acht Milliarden Euro – ein plus von 16 Prozent – ist der Branchenumsatz 2005 gestiegen. In diesem Jahr wird eine Steigerung von 15 bis 18 Prozent erwartet.

### Hohe Fluktuation

Die Zeitarbeitsbranche expandiert mit hohen Wachstumsraten. Dafür dürfte nach Meinung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit vor allem die stufenweise Deregulierung des Arbeitnehmerüberlassungsrechts verantwortlich sein. Im Jahr 2003 wurde das gesetzliche Synchronisations- und Wiedereinstellungsverbot von der rot-grünen Bundesregierung

\* „Leiharbeit“ und „Arbeitnehmerüberlassung“ sind die Begriffe in der Gesetzgebung. Die Branche spricht von „Zeitarbeit“

abgeschafft. Seitdem übertragen die Zeitarbeitsfirmen das Risiko verleiherer Zeiten auf ihre Beschäftigten und die Versicherten-gemeinschaft. Die neuen Spielräume werden dazu genutzt, die Leiharbeiter/innen nur noch jeweils befristet für die Dauer des Kundenauftrags zu beschäftigen. Wenn ein neuer Auftrag vorliegt, werden die Mitarbeiter/innen erneut rekrutiert. Eine Folge dieser Deregulierung dürfte sein, dass der Anteil der Kettenarbeitsverträge spürbar zugenommen hat.

Die Personalfuktuation in der Zeitarbeitsbranche ist sehr hoch. Es gibt viele Leiharbeiter/innen, die jeweils nur wenige Tage tätig sind. Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Durchschnitt ca. 444.000 Leiharbeiter/innen in der Branche beschäftigt; gleichzeitig wurden 738.000 neue Leiharbeitsverhältnisse geschlossen und 724.000 beendet. Nur 13 Prozent aller Leiharbeiter/innen waren ein Jahr oder länger ununterbrochen beim selben Arbeitgeber tätig. Der Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) geht davon aus, dass sich die Zahl der Leiharbeiter/innen innerhalb der nächsten fünf Jahre auf eine Million erhöhen wird.

Die Zeitarbeitsbetriebe stellen vor allem Männer, Ausländer, Jugendliche und Geringqualifizierte ein. Aber immerhin 66,5 Prozent der Leiharbeiter/innen haben eine Berufsausbildung. Sieben von zehn kommen aus der Arbeitslosigkeit.

### Mindeststandards vereinbart

In der Zeitarbeitsbranche gibt es mehrere Unternehmerverbände. Die DGB-Tarifgemeinschaft hat im Mai dieses Jahres mit dem >Interessenverband Deutscher

Zeitarbeits-Unternehmen< und dem >Bundesverband Zeitarbeit-Personal-Dienstleistungen< einen Tarifvertrag zur Regelung von Mindest-Arbeitsbedingungen für Beschäftigte der Branche abgeschlossen. Der Tarifvertrag ist zum 1. Juli 2006 in Kraft getreten. Er soll aber laut Vereinbarung erst dann seine „Wirkung entfalten“, wenn „die Arbeitnehmerüberlassung in den sachlichen Anwendungsbereich des Arbeitnehmerentendegesetzes aufgenommen wird“. Die rot-schwarze Bundesregierung hat dazu immer noch keine Entscheidung getroffen.

### Wenig Lohn, hohes Risiko

Die Löhne und Gehälter in der Zeitarbeitsbranche liegen deutlich unter den tariflichen Vergütungen, die den Stammelegschaften in der jeweiligen Branche gezahlt werden müssen. Das Beschäftigungsrisiko ist auch für Leiharbeiter/innen hoch. Die Unternehmen können sie spontan und projektbezogen einsetzen und sich spontan wieder von ihnen trennen. So hat jüngst auch der angeschlagene Flugzeugbauer Airbus gehandelt. Das Unternehmen trennt sich in Deutschland von 1.000 seiner insgesamt 7.300 Leiharbeiter. Dass es dabei nicht bleiben wird, gilt als sicher. Es ist im Übrigen kein Geheimnis, dass auch andere große Unternehmen wie Siemens und DaimlerChrysler bereits einen erheblichen Teil ihrer Fachkräfte über Zeitarbeitsfirmen rekrutieren.

Beschäftigungspolitisch ist der Menschenhandel kein Erfolg. Zusätzliche Arbeitsplätze werden durch Leiharbeit grundsätzlich nicht geschaffen. Und die sozialen Unsicherheiten für die ‚auf Zeit‘ Beschäftigten sind auf keinen Fall vertretbar. -es.

## Kampagne für Langzeitarbeitslose

Deutscher Gewerkschaftsbund, Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk der EKD und Paritätischer Wohlfahrtsverband fordern einen Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung für Menschen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auf absehbare Zeit keine Chance haben.

Öffentlich geförderte Beschäftigung ermögliche es diesen Personen, durch eigene Arbeit zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der Verbände. „Dies ist nicht nur ein Beitrag zur Armutsbekämpfung, sondern auch zur aktiven sozialen Teilhabe an der Gesellschaft.“

Die jetzige Förderung langzeitarbeitsloser Menschen durch so genannte Ein-Euro-Jobs biete für

die Betroffenen keine längerfristige Perspektive. Notwendig seien öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vor allem in Bereichen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Dies sei nicht nur für die Betroffenen sinnvoller, sondern auch volkswirtschaftlich vernünftiger als der alleinige Bezug von Arbeitslosengeld II.

Die Verbände betonen: Die derzeitige Konjunkturbelebung geht an Langzeitarbeitslosen vorbei, die aufgrund ihres Alters, gesundheitlicher Einschränkungen oder unzureichender Qualifikation schon seit Jahren vergeblich Arbeit suchen. Die bisherige Strategie des „Forderns und Förderns“, die lediglich auf eine schnelle Vermittlung in reguläre Jobs setze, laufe bei dieser Zielgruppe ins Leere.

## Kurswechsel gefordert

Die Deutsche Post soll nach den Plänen der Bundesregierung bereits 2008 in Deutschland gegen neue Anbieter antreten. Angesichts des drohenden Verlustes von 32.000 Arbeitsplätzen im Falle einer vollständigen Liberalisierung fordert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) die Bundesregierung dringend zu einem Kurswechsel in der Postpolitik auf. „Von 160.000 Stellen wäre jede fünfte Stelle betroffen. Dann platzt eine beschäftigungspolitische Bombe“, warnte der stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende Rolf Büttner. Per Saldo seien laut Jahresbericht 2005 der Bundesnetzagentur in der Briefbranche seit 1999 fast 14.000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Bei der Deutschen Post fielen sogar 30.000 Arbeitsplätze weg.

(newsticker ver.di)

### Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung

Mit diesem Namen wurde 1972 in Westberlin der VSA-Verlag gegründet. Der damit verbundene Anspruch ist auch heute noch Programm, wie ein Blick auf die Buchproduktion zeigt: vom ABC der Globalisierung bis zum Zustand der Welt, von Armut trotz Arbeit bis zur Zukunft des Staates, von Alternativen bis Zeitdiagnosen, von Argentinien bis zu den Zumutungen des Neoliberalismus reichen die Themen. Sich mit dem Kapitalismus nicht abzufinden und von Aufklärung und Emanzipationsbestrebungen nicht abzulassen – das ist das Verlagsprogramm mit bewegenden Themen und spannenden Büchern. Informationen zu allen Büchern und zum Verlag unter [www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

## Weitere Verluste für Rentner

Rentnerinnen und Rentnern stehen weitere Einbußen bevor. Nach den drei Nullrunden in den vergangenen Jahren sinkt die so genannte Eckrente im nächsten Jahr von derzeit 1065,76 Euro auf 1061,06 Euro in Westdeutschland. Im Osten der Republik schrumpft sie von 939,46 auf 935,32 Euro. (Die Eckrente gibt an, wie viel ein Ruheständler erhält, wenn er 45 Jahre Durchschnittsbeiträge gezahlt hat.)

Grund für die Entwicklung ist vor allem die Gesundheitsreform. In den nächsten Jahren wollen die Krankenkassen aus mehreren Gründen ihre Beiträge erhöhen. Auch die Besteuerung der Renten und die Mehrwertsteuererhöhung führen zu einem Kaufkraftverlust und zu einer weiteren Schwächung der Binnenkonjunktur. Weitere Nullrunden stehen den Rentnerinnen und Rentnern in den

Jahren 2007 und 2008 bevor. Bereits in den vergangenen Jahren mussten sie Verluste hinnehmen, weil sie bei der Kranken- und Pflegeversicherung zusätzlich belastet worden sind und die Regierung die Altersbezüge seit 2004 nicht mehr angehoben hat. Ein Beispiel: Die durchschnittlich ausgezahlte Altersrente für Männer sank in den alten Bundesländern von 1006,72 Euro im Jahr 2003 auf 981,43 Euro im Jahr 2005.





## Der DGB verkauft seine Seele

Viele Gewerkschaftsmitglieder in Leipzig sind empört und entsetzt: Ihr Gewerkschaftshaus soll verkauft werden. Das Gebäude in der Karl-Liebnecht-Straße, vor gut hundert Jahren mit den Groschen von Arbeitern erbaut, gehört zu den größten Volks- und Gewerkschaftshäusern Europas. Hier ist Gewerkschaftsgeschichte geschrieben worden.

Darüber hinaus will der DGB viele weitere Immobilien in Ostdeutschland verkaufen. Insgesamt sollen 46 Objekte verschert werden, darunter die Gewerkschaftshäuser in Dresden, Chemnitz, Zwickau, Bautzen, Jena, Suhl, Magdeburg, Cottbus und Rostock. Als einziges westdeutsches Gewerkschaftshaus steht das in Hannover zum Verkauf.

„Die Häuser sind ein Stück Heimat für uns“, sagt der sächsische DGB-Vorsitzende Hanjo Lucasen. Er kritisiert die Pläne scharf und fordert den DGB-Bundesvorstand auf, den Beschluss über den Verkauf der Gewerkschaftshäuser rückgängig zu machen. Sollte das nicht geschehen, droht er mit Protesten.

Die Gewerkschaftshäuser könnten durch Verkauf auch an ausländische Fonds gehen, also an solche Investoren, die Franz Müntefering einmal als Heuschrecken bezeichnete. Bereits im vergangenen Jahr hat die für die Vermögensverwaltung zuständige Gewerkschaftsholding BGAG ihre marode Hypothekenbank AHBR an den US-Finanz-Investor Lone Star verkauft. Ebenso wurde ein Paket mit 20.000 gewerkschaftseigenen Wohnungen an einen amerikanischen Fonds veräußert.

Es ist höchste Zeit, gegen diese Politik des DGB zu protestieren! Ich appelliere deshalb an alle gewerkschaftlichen Gremien, diesen Protest zu unterstützen. Die Verantwortlichen haben eine Anschrift:

Deutscher Gewerkschaftsbund,  
Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
E-Mail: info.bvv@dgb.de

Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in Ostdeutschland!  
*Franz Kersjes*

**Die nächste Ausgabe der Welt der Arbeit erscheint am 07.02.07**

\* \* \* \*

### Buchtipps

Rainer Roth, Harald Thomé  
**Leitfaden für Arbeitslosengeld II Sozialhilfe von A-Z**  
Neuerscheinung, 434 Seiten,  
www.agtuwas.de  
8 Euro incl. Versand

Der neue Ratgeber enthält 20-monatige „Hartz-IV-Erfahrung“ aus Beratungs- und Schulungspraxis. Er ist auf dem Stand der Rechtslage nach Inkrafttreten des >SGB II - Fortentwicklungsgesetzes< im August 2006 und berück-

sichtigt die Rechtsprechung der Sozialgerichte bis Anfang Oktober 2006.

Der Leitfaden widmet sich schwerpunktmäßig dem Arbeitslosengeld II. Abweichende Regelungen der Sozialhilfe sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden parallel behandelt. Der aktuelle Stand der Rechtsprechung und der Gesetzgebung ist eingearbeitet und durchgängig kritisch kommentiert.

### Kommentar

#### **Unternehmenssteuer**

Die rot-schwarze Bundesregierung hat eine Milliardenentlastung für Unternehmen beschlossen. Ab 2008 sind Steuerersenkungen von insgesamt rund 29 Milliarden Euro vorgesehen. Zur Gegenfinanzierung sind zusätzliche Steuereinnahmen von ca. 24 Milliarden Euro eingeplant. Nach Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlers Lorenz Jarass führen die Beschlüsse nicht zum behaupteten Steuerausfall von fünf Milliarden Euro pro Jahr, sondern vielmehr zu jährlich über zehn Milliarden dauerhaften Steuer ausfällen. Arbeitsplatzexport und Heuschrecken werden weiter steuerlich massiv begünstigt. Der Steuer senkung von durchschnittlich zehn Prozent für Unternehmen stehen erhebliche Mehrbelastungen für Arbeitnehmer und Rentner gegenüber: mehr als 30 Milliarden Euro! Aber Konzerne wie Siemens, Allianz und viele andere werden trotz rigoroser Arbeitsplatzvernichtung nun auch noch mit Steuerentlastungen belohnt. Ein ungeheurer Betrug an der Mehrheit des Volkes!

*Franz Kersjes*

### **Impressum:**

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35  
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht unter [www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)  
Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.

## Soziales kostet Geld

Das deutsche Sozialsystem schneidet im EU-Vergleich eher schlechter ab – trotz relativ hoher Ausgaben. Die sozial erfolgreichen europäischen Länder geben ähnlich viel Geld aus. Sie tun es aber offenbar effizienter.

30,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fließen in Deutschland in die soziale Sicherung. Damit liegt die Bundesrepublik im EU-Sozialranking des Forschungsinstituts berlinpolis auf Platz vier – bei den Ausgaben. Die Resultate des deutschen Sozialsystems sind hingegen – gemessen an 35 Kenndaten aus europäischen Statistiken – unterdurchschnittlich, ergibt die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Kurzstudie der Berliner Experten.

Die Deutschen rangieren zwar in punkto „Einkommensverteilung und soziale Absicherung“, einer sozialpolitischen Kerndimension, noch unter den ersten zehn in der EU. Bei Arbeitslosigkeit und Bildungschancen, bei Geschlechtergleichstellung und demografischer Entwicklung landet die Bundesrepublik hingegen im unteren Drittel. Alles in allem setzt berlinpolis Deutschland auf Rang 23 unter den 25 Unionsstaaten. „Die Studie weist somit auch auf große Defizite im Hinblick auf eine nachhaltige Konsolidierung und Modernisierung des deutschen Sozialstaates hin“, schreiben die Autoren Jeppe F. Jörgensen und Professor Jochen Schulz zur Wiesch.

Hohe Ausgaben sind also keine Garantie für gute Ergebnisse. Umgekehrt zeigt der EU-Vergleich aber auch: Ein erfolgreiches Sozialsystem kostet Geld. Gleichmäßig gute oder zumindest befriedigende Ergeb-

nisse in allen untersuchten Dimensionen weisen Dänemark, Schweden, die Niederlande und Finnland auf. Die beiden skandinavischen Länder investieren sogar noch einen höheren Anteil ihrer Wirtschaftsleistung ins Soziale als Deutschland, in den Niederlanden ist es nicht viel weniger. Zudem erhalten Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in allen vier Ländern mindestens genauso viel Unterstützung wie in der Bundesrepublik. Irland hingegen kommt zwar durch brummenden Jobmarkt, gute Bildungschancen und eine relativ hohe Geburtenrate insgesamt auf einen vorderen Platz. Die niedrigen Ausgaben für den Sozialschutz – lediglich 16,5 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt – machen sich allerdings deutlich bemerkbar: Die Einkommensunterschiede und das Armutsrisiko, insbesondere für Senioren, liegen drastisch über dem europäischen Mittel. (Böckler Impuls 17 / 2006)

---

### Tarifliches Weihnachtsgeld zunehmend variabel

40 Prozent der Erwerbstätigen rechnen in diesem Jahr mit weniger Weihnachtsgeld. In einer Forsa-Umfrage für den *Stern* erklärten 27 Prozent der Befragten, sie bekämen dieses Mal im Gegensatz zum Vorjahr gar kein Weihnachtsgeld; zwölf Prozent gaben an, es falle niedriger aus als im vergangenen Jahr.

Die tarifliche Jahressonderzahlung („Weihnachtsgeld“) hängt mittlerweile in vielen Branchen von der wirtschaftlichen Lage ab: Geht es dem Unternehmen gut, kann der tarifliche Mindestanspruch aufgestockt werden, gehen die Geschäfte schlechter, kann die Sonderzahlung gesenkt werden. Das zeigt eine Auswertung von Tarifverträgen aus 23 Branchen durch das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

In zahlreichen Branchen gibt es tarifliche Öffnungs- und Härtefallklauseln, wonach die Jahressonderzahlung gekürzt oder gestrichen werden kann, darunter in der Metallindustrie, Druckindustrie, Textilindustrie und im Einzelhandel. Meistens müssen die Firmen im Gegenzug auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten. Diese auf Betreiben der Unternehmer eingeführte Veränderbarkeit des tariflichen Weihnachtsgeldes setzt entweder freiwillige Betriebsvereinbarungen oder aber die Zustimmung der Gewerkschaften voraus.

In den meisten Wirtschaftszweigen sehen die Tarifverträge ein Weihnachtsgeld vor. Es wird überwiegend als fester Prozentsatz vom Monatseinkommen berechnet. Die Höhe fällt je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich aus. Ein im Vergleich hohes Weihnachtsgeld erhalten unter anderem die Beschäftigten in Bankgewerbe, in der Süßwarenindustrie und in der westdeutschen Chemieindustrie. 95 Prozent bekommen Beschäftigte in der Druckindustrie. Darunter liegen unter anderem der öffentliche Dienst sowie Versicherungen, Einzelhandel und Metallindustrie.

Berlin, im November 2006

## **„Für ein solidarisch erneuertes Europa“**

- *Thesen für ein Europapolitisches Memorandum der IG Metall* –

### **1. Die Europäische Union in der Krise**

Die Europäische Einigung befindet sich in einer schweren *Krise*. Auch 18 Monate nach der Ablehnung des Entwurfs für einen Europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden ist die Unsicherheit über die Zukunft Europas groß. Hinzu kommt: Die Europäische Union ist weit davon entfernt, die ambitionierten Ziel der Lissabonner Strategie zu erreichen. Wirtschaftswachstum und Produktivitätsentwicklung waren zu gering. Höhere Beschäftigungsquote bei weiblichen und älteren Arbeitnehmern und durchschlagende Erfolge im Kampf gegen Arbeitslosigkeit blieben weitgehend aus. Die Arbeitslosigkeit verharrt auf 18 Millionen und die soziale Spaltung nimmt zu.

### **2. Europa steht vor einer historischen Entscheidung**

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme finden ihren Ausdruck in der *Identitätskrise* der Europäischen Union. Europa verfügt gegenwärtig nicht über ein gemeinsames Leitbild seiner künftigen Entwicklung, weiß nicht, wohin es will. Immer noch dominiert die Vorstellung vom Europäischen Markt als Kern des ganzen Projektes. Doch das stiftet weniger denn je den notwendigen Zusammenhalt und die notwendige Orientierung für die Zukunft.

Europa steht vor einer *strategischen Entscheidung von historischer Bedeutung*. Entweder es folgt dem eingeschlagenen Weg. Das liefe auf die Fortführung des markt- und eliteorientierten Einigungsmodells hinaus. Die Folgen wären ein weiterer Vertrauensverlust bei den Menschen und vermutlich ein Anstieg sozialer Konflikte und politischer Spannungen. Der zweite Weg setzt die Kraft und die Bereitschaft zu einer Neuorientierung in der Europapolitik voraus. Er setzt an den beiden Hauptmängeln des bisherigen Modells an: der unterentwickelten sozialen Dimension und der Demokratielücke. Die Leitlinien einer solchen Strategie heißen: mehr soziale Sicherheit und Verantwortung - und mehr Beteiligung und Demokratie.

### **3. Die Erneuerung des Europäischen Sozialmodells als neues Leitprojekt**

Die IG Metall schlägt deshalb vor, die reformpolitische Erneuerung des Europäischen Sozialmodells als neues Leitprojekt auf die europäische Agenda zu setzen. Der gemeinsame Konsens des Europäischen Sozialmodells besteht in einer historischen Erfahrung, aus der die Grundidee der europäischen Sozialstaaten entwickelt wurde. Sie lautet: Der Markt ist ein äußerst leistungsfähiger Mechanismus zur Koordinierung wirtschaftlicher Aktivitäten. Aber mit einer gerechten Verteilung der Wertschöpfung ist er heillos überfordert. Dazu sind Ergänzungen und Korrekturen durch eine demokratisch legitimierte Politik unverzichtbar.

Diese Ergänzungs- und Korrekturaufgaben nimmt in Europa der Sozialstaat und seine Institutionen wahr - wie unterschiedlich die historischen Ursprünge, die sozialen Systeme und Kulturen auch sein mögen. Die zentralen Institutionen des europäischen Sozialstaates sind starke Gewerkschaften, Mitbestimmung und Tarifautonomie, umfassende Systeme des Sozialschutzes sowie ein verteilungs- und beschäftigungspolitisch aktiver Staat. Das ist die Basis des Europäischen Sozialmodells - und auf der gilt es aufzubauen, wenn wir dieses Modell auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts einstellen wollen.

### **4. Politik für eine Erneuerung des Europäischen Sozialmodells**

Aus Sicht der IG Metall sind folgende *Handlungsfelder* mit Blick auf Politik und Gewerkschaften in Europa von besonderer Bedeutung:

- Europa darf sich weder mit der Massenarbeitslosigkeit noch mit dem bestehenden Gefälle der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abfinden. Die Diskussion über eine gerechte europäische Arbeitsteilung muss geführt werden. Dies stellt erhöhte Anforderungen an die Industrie- und

Strukturpolitik. Eine *europaweite Verlagerungsabgabe* auf nicht gewollte Dumpingverlagerungen könnte hier sinnvoll sein. Die Geld- und Fiskalpolitik muss insgesamt neu auf Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet werden. Es braucht den Mut zu einer *europäische Wirtschaftsregierung*, die alle Steuer- und Haushaltspolitiken koordiniert.

- In einem größer werdenden Währungsraum steigt die Notwendigkeit einer europaweiten *Koordinierung der Tarifpolitik*. Die vorhandenen Instrumente („Koordinierungsregeln“) müssen erweitert und auf branchen- und gesamtwirtschaftlicher Ebene verbindlicher werden. Gemeinsame *tarifpolitische Initiativen* bei Arbeitszeitgestaltung, Qualifizierungsrechten und Arbeitsbedingungen müssen diese ergänzen. Perspektivisch muss die Option gemeinsamer Tarifverträge ins Visier genommen werden.
- Die Abwehr rückwärtsgewandter Angriffe auf Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte in Europa muss durch Vorschläge zu ihrer Weiterentwicklung gestärkt werden. Die Vernetzung zwischen Belegschaften, betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften muss ausgebaut werden. Die Revision *EURO-Betriebsräte* muss vorangebracht, ihre Rechte und Arbeitsgrundlagen müssen verbessert werden.
- Wettbewerb und ökonomischer Strukturwandel erfordern *soziale Grundrechte* sowie *soziale und steuerpolitische Mindestbedingungen*. Die IG Metall fordert mit Blick auf die Besteuerung der Unternehmen einheitliche Bemessungsgrundlagen und Mindestsätze, sowie Tarife, die den unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der Länder Rechnung tragen. Zugleich schlägt sie einen *sozialen Stabilitätspakt* vor. Er könnte soziale Sozialleistungsniveaus in den Mitgliedstaaten vorsehen, die sich an der jeweiligen Wirtschaftskraft orientieren.
- Europa ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen der Welt. Entsprechend gilt es, Europas Potential zur Gestaltung der ökonomischen Globalisierung zu nutzen. Das gilt insbesondere angesichts des Bedeutungszuwachses der Finanzmärkte und der dort agierenden Akteure gegenüber den Unternehmen und Staaten. Europa muss zum Vorreiter der *Regulierung des internationalen Finanzmarkt-Kapitalismus und der Finanzfonds* werden.

## 5. „Europäisierung der IG Metall“

Auch die Gewerkschaften stehen vor der Anforderung, ihren *Europäisierungsrückstand* aufzuholen. Ansetzend an bisherigen Aktivitäten der Einzelgewerkschaften und der Europäischen Dachverbände gilt es, Europa vom Expertenthema zu einem Thema der täglichen politischen Praxis werden zu lassen. Die IG Metall wird sich weiter europäisieren und weiterhin den EMB stärken. In diesem Sinne wird sie ein Projekt *„Europapolitisches Mainstreaming“* starten und ein *„Europapolitisches Memorandum“* erarbeiten.

## 6. Die Chance der deutschen EU-Präsidentschaft nutzen!

Die IG Metall appelliert an die Bundesregierung, während ihrer EU-Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 die Weichen in Richtung einer Erneuerung des Europäischen Sozialmodells zu stellen. Als ein erster Schritt sollten Anstrengungen unternommen werden, im gescheiterten „Verfassungsentwurf“ die neoliberalen, wirtschafts- und finanzpolitischen Vorgaben zurück zu nehmen und die soziale Dimension zu stärken. Der überarbeitete Entwurf könnte anlässlich der Europawahlen 2009 der europäischen Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden. Dies würde mehr Beteiligung und Demokratie in Europa bedeuten - und die Menschen wieder näher an die Europäische Einigung heranführen!